

Veröffentlichungswille: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die Zeile 12 Goldpfennige. Familienanzeigen 8 G. W. Reklamen 50 G. W. Auf Sammlungsblättern kommt ein Zuschlag von 100%.

Freitag, den 10. Oktober 1924.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 40 Goldpfennig wöchentlich. Postbezugspreis 40 Goldpfennig ohne Bestellgeld. — Schluss der Anzeigennahme 8 Uhr vormittags.

Das Kabinett der Volksgemeinschaft gescheitert.

Berlin, 9. Okt. In der heutigen Vormittagsbesprechung des Reichstages mit den Führern der Koalitionsparteien, woran auch Reichsaußenminister Stresemann teilnahm, gab der Reichskanzler einen Ueberblick über das Resultat der gestrigen Fraktionsführungen und erklärte, wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, dazu, daß er an seinen Richtlinien festhalten und die Besprechungen mit den Deutschnationalen und Sozialdemokraten mit dem bisherigen Ziel fortsetzen werde. Dieselbe Erklärung gab der Reichskanzler auch in der Fraktionsführung des Zentrums ab. Anschließend fand eine eingehende Aussprache statt. Wie weiter verlautet, wird der Reichskanzler heute nachmittags zunächst mit den Deutschnationalen und dann mit den Sozialdemokraten verhandeln.

In der Aussprache, die heute Nachmittag zwischen dem Reichskanzler und den sozialdemokratischen Fraktionsführern stattfand, wurde von den sozialdemokratischen Unterhändlern erneut betont, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bereit sei, der vom Reichskanzler auf Grund seiner Richtlinien angestrebten Regierungserweiterung zuzustimmen. Sie stellen indes fest, daß der gestrige Beschluß der deutschnationalen Reichstagsfraktion mit den Absichten des Reichskanzlers unvereinbar sei und daß sie daher den Plan des Reichskanzlers als gescheitert betrachten.

In der Besprechung des Reichskanzlers mit den Beauftragten der deutschnationalen Volkspartei wurde vom Reichskanzler Mitteilung von der Stellungnahme der sozialdemokratischen Verhandlungsführer gemacht. Die deutschnationalen Vertreter nahmen von der dadurch geschaffenen Lage Kenntnis. Der Reichskanzler teilte hierauf mit, daß er nunmehr die Verhandlungen über die Schaffung einer Regierung unter Einbeziehung der Deutschnationalen und Sozialdemokraten als erledigt ansehe und sich morgen erneut mit den Parteien über den jetzt einzuschlagenden Weg ins Benehmen sehen werde.

Die Fraktionsbeschlüsse vor dem Reichskabinett.

Kurz nach der Besprechung des Reichskanzlers mit den Fraktionsvorsitzenden der Koalitionsparteien trat, den Blättern zufolge, das Reichskabinett zusammen. Gegenstand der Erörterungen waren auch hier die gestrigen Fraktionsbeschlüsse. Eine eingehende Aussprache fand vornehmlich über den Brief der Sozialdemokraten an den Reichskanzler und über die deutschnationalen Entschlüsse statt. Wie die Parteiführer der Koalition, so stimmte auch das Kabinett den weiteren Verhandlungen über die Volksgemeinschaft zu.

Die D. V. P. für Regierungserweiterung nach rechts.

Berlin, 9. Okt. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, entsandte die Deutsche Volkspartei die Parteiführer Dr. Scholz und Dr. Curtius zum Reichskanzler, um diesem mitzuteilen, daß nach ihrer Auffassung der Reichskanzler jetzt seine Bemühungen in Richtung der Bildung einer nach rechts erweiterten Regierung einsehen müsse.

Neue Besprechungen mit den Parteiführern.

Berlin, 9. Okt. Aus parlamentarischen Kreisen verlautet, daß der Reichskanzler die Mitteilungen der Abgg. Dr. Scholz und Dr. Curtius bezüglich ihrer Ansicht über die Regierungsbildung entgegennahm und ihnen anläßlich, daß er für morgen Freitag vormittags die Führer der Koalitionsparteien zu einer neuen Besprechung einladen werde. Die beiden Abgg. hatten darauf eine Besprechung mit dem deutschnationalen Abg. Hergt.

Um die Aufwertung der Reichsanleihe.

Berlin, 9. Okt. Der Aufwertungsausschuß des Reichstages gab in seiner heutigen Sitzung einmütig der Ansicht Ausdruck, daß jeder zu spekulativem Zwecke erworbene Besitz an öffentlichen Anleihen von etwa zu treffenden Neuregelungen des Aufwertungsproblems ausgeschlossen sein müsse.

Berlin, 10. Okt. Im Unterausschuß des Aufwertungsausschusses des Reichstages wurde der Vorschlag Fleischer für die Inangriffnahme einer sofortigen Verzinsung der Reichsanleihe behandelt. Seitens des Reichsfinanzministeriums wurden gegen

den Fleischer'schen Antrag folgende Bedenken geäußert: Es verfißt gegen die Hauptgrundsätze einer gesunden Finanzwirtschaft, neue Schulden einzugehen, lediglich um damit die Zinsen der alten Schulden zu bezahlen. Eine solche Maßnahme müßte durch die ständige Vermehrung der ungedeckten Zinslast des Reiches dessen Finanzlage wesentlich verschlechtern. Ein Verlauf der eingezogenen Anleiherente und die darin liegende Ausgabe einer neuen Anleihe würde sich nur durchführen lassen, wenn der Geldmarkt sich genügend verflüssigt habe, um eine neue Anleihe aufnehmen zu können. Diese Voraussetzung liegt z. Zt. nicht vor. Ob sie in naher Zeit eintreten wird, läßt sich nicht übersehen. Es würde die Interessen des Reiches aufs schwerste schädigen, wenn die Aufnahmefähigkeit vorweg für Aufwertungszwecke in Anspruch genommen würde. Die in dem Antrag ausgesprochene Annahme, daß durch die Verzinsung der deutschen Wirtschaft neue bewegliche Mittel zugeführt würden, ist irrig. Der Erfolg würde nur der sein, daß diese Mittel statt in die von der Produktion benötigten Kanäle zu fließen, den Konsumenten zugeführt würden. Also der Produktion ihre natürlichen Hilfsquellen entzogen würden. Namhafte Beträge der deutschen Anleihen, die auf viele Milliarden geschätzt werden können, flossen in das Ausland. Es ist nicht anzunehmen, daß die ausländischen Gläubiger der Aufforderung, drei Viertel ihres Bestandes an das Reich abzuliefern, um auf das letzte Viertel eine geringe Verzinsung zu erhalten, nachkommen würden. Bleiben sie aber im Besitze ihrer bisherigen Anleihestücke, so bleibt die Gefahr bestehen, daß sie später mit Ansprüchen aus diesen Stücken gegen das Reich hervortreten. Der Antrag Fleischer wäre also nicht geeignet, dieser Gefahr vorzubeugen.

Aus den Geheimakten von Versailles.

Leipzig, 10. Okt. Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“, der „Hannoversche Kurier“ und die „Münchener Neuesten Nachrichten“ legen in ihren Freitag-Morgenausgaben ihre Veröffentlichungen aus den Geheimakten von Versailles mit einer Betrachtung des englisch-französischen Gegenjages in den Ostfragen fort. Schon im Januar äußerte Lloyd George Bedenken gegen den Plan, die in Frankreich befindlichen polnischen Truppen unter General Haller nach Polen zu schicken. Wenn man von den vielen Deutschen verlange, daß sie eine ihnen feindliche Armee nach Polen hineinschicken, so sei dies mehr, als der Waffenstillstand es ihnen auferlege. Man schulde auch dem Feinde Gerechtigkeit. Sogar über die Berechtigung der polnischen Forderungen auf den Besitz von Posen äußerte Lloyd George Zweifel. Er wollte die Polen verpflichten, die frühere russisch-deutsche Grenze nicht eher zu überschreiten, als bis die neue Grenze festgestellt sei, drang aber damit nicht durch. Am 11. März äußerte sich Lloyd George über die Polen sehr abfällig, die sich nicht selber regieren könnten. Der Premierminister (Woderowski) sei ein Pianist und der Präsident ein unpraktischer Idealist. Jeder General handle für sich.

In einem Briefwechsel zwischen Lloyd George u. Clemenceau im März 1919 kam der englisch-französischen Gegenjag noch schärfer in Erscheinung. Lloyd George schlug darin vor, die Ostgrenze Deutschlands möglichst günstig zu gestalten, damit bei den Deutschen kein allzu tiefer Haß zurückbleibe. Clemenceau lehnte diese Anregung auf das Schärfste ab und betonte unter anderem, als es sich um die Fortnahme der deutschen Kolonien, der deutschen Flotte und der deutschen auswärtigen Märkte gehandelt habe, habe England nicht darnach gefragt, ob dadurch Haß erzeugt würde. Wollte man Deutschland durchaus irgend eine Genugtuung geben, so dürfe man sie nicht in Europa suchen, sondern in den Kolonien oder indem man die Wiederbelebung der Schifffahrt und seine kommerzielle Ausdehnung erleichtere. Unmöglich könne man den neugeschaffenen Staaten Deutschland zu Gefallen Grenzen geben, die für sie unannehmbar seien. Es könne sich sonst leicht eine ost- und mitteleuropäische Konföderation unter der Führung des kollektivistisch gewordenen Deutschlands bilden, und wenn das geschehe, würden die Verbündeten schließlich doch den Krieg verloren haben. Es sei allerdings richtig, daß die jungen Völker bei der Regelung der Grenzen, die Frankreich erstrebe, auch Gebiete erhalten würden, die von Deutschen bewohnt seien. Gewiß müsse eine Friede erstrebt werden, der allen Beteiligten, auch den Deutschen, als gerecht erscheine. Wenn aber hierüber eine Meinungsverschiedenheit bestehe, müsse die Auffassung der Verbündeten von einem gerechten Frieden maßgebend sein. Wollte man den Vorschlägen von Lloyd George

Neueste Nachrichten.

Die Verhandlungen über die Bildung eines Reichskabinetts der Volksgemeinschaft sind endgültig gescheitert.

Die Deutsche Volkspartei fordert Einleitung von Verhandlungen über eine Regierungserweiterung nach rechts.

Der Reichskanzler wird heute mit den Parteiführern erneut die Frage der Regierungsumbildung besprechen.

Reichsfinanzminister Dr. Luther ist zum Abschluß der Anleiheverhandlungen gestern in London eingetroffen.

Das englische Parlament wurde gestern nachmittags nach einer Thronrede des Königs aufgelöst.

Die Neuwahlen Englands sollen nach Erklärungen Macdonalds bereits am 29. und 30. Oktober stattfinden.

Neuer zufolge wurde die englische Antwort auf das deutsche Wollhandelsmemorandum gestern dem deutschen Botschafter zur Weiterleitung überreicht.

Der Termin für die Abfahrt des J. N. 3 nach Amerika ist nunmehr auf Sonnabend vormittags 8 Uhr festgesetzt worden.

Gehör geben, so würden nur Amerika und England wirkliche Vorteile von dem Sieg haben. Eine solche Ungleichheit werde schließlich eine Gefahr für die Fortdauer der guten Beziehungen unter den Verbündeten selbst bilden.

Auch in Cannes, drei Jahre später, trat dieser Gegenjag wieder hervor, wo Lloyd George in einer Unterredung mit Briand am 4. Januar 1922 erklärte, man wolle Frankreich zwar gegen einen deutschen Angriff helfen, aber nicht den Besitzstand der östlichen Staaten garantieren. Wollte man eine allgemeine Entente schließen, so müsse vorher auch die türkische Frage, die Frage von Langer und vor allen Dingen die Unterseebootsfrage gelöst werden, weil der britische Handel sich durch eine große französische Unterseebootsflotte bedroht fühle. Briand wies die Vorstellung zurück, daß irgend ein Teil der französischen Rüstung sich gegen England richte. Lloyd George nahm das skeptisch auf.

Macdonalds Sturz.

Englische Neuwahlen in kurzer Frist.

London, 9. Okt. Das Parlament hat sich heute verlagert. Die Neuwahlen finden am 29. 10. statt. Das neue Parlament wird eine oder zwei Wochen darauf wieder zusammentreten.

London, 10. Okt. (Neuter.) Wenn die Wahlen am 29. 10. ein entscheidendes Ergebnis gegen die Regierung haben, kann Macdonald noch vor dem Zusammentritt des Parlaments zurücktreten. Wahrscheinlicher aber ist, daß er dem Beispiel Baldwin folgen wird, nämlich die formelle Niederlage im Unterhaus gelegentlich der Debatte über die Antwortadresse auf die Thronrede abzuwarten. Das Parlament wird am 18. oder 20. 11. zusammentreten, aber infolge der zu erhebenden Formalitäten wird die entscheidende Debatte wahrscheinlich nicht vor Anfang Dezember beginnen. Von Interesse ist die Feststellung, daß die Regierung der Arbeiterpartei seit der Übernahme ihres Amtes im Unterhaus 11mal eine Niederlage erlitten hat.

Das Kabinett Macdonald war seit dem 22. Januar 1924 am Ruher. Es war eine Minoritätsregierung, welche auf die Unterstützung der Liberalen angewiesen war. Diese mußten sich aber immer mehr darüber klar werden, daß sie bei der Wählerwahl allmählich jeden Anhang verlieren, weil die alte politische Ueberlieferung es will, daß sich immer zwei Parteien einander gegenüber stehen. Für die Liberalen wurde es immer klarer, daß sie zwischen den Konservativen und der Labour Party aufgerieben werden müßten. Sie hätten mit der Labour Party zusammengehen können, was politischen Selbstmord bedeutete. Sie hoffen nun, bei den Wahlen besser abzuschneiden, wenn sie sich mit den Konservativen verbinden. Aber in politischen englischen Kreisen glaubt man nicht, daß sich diese Hoffnung der Liberalen erfüllen wird.

Das Unterhaus wird aufgelöst.

London, 9. Okt. (Sonderbeilage.) Der König genehmigt die Auflösung des Unterhauses.

Be- 1924
rg
Ber-
ktober
mberg
zell,
ler
Calw.
k
Sams-
tsstelle.
n
Bedingungen
reubulach.
en
rgen
rol
apotheken
innen und
m.

Das Echo in Paris.

Paris, 9. Okt. Die gestrige Niederlage des Kabinetts Macdonald wird von den Blättern lebhaft erörtert. So schreibt das „Echo de Paris“, die Konservativen und Liberalen hätten Macdonald das Werk ausführen lassen sollen, dessen Erfüllung sie wünschten, ohne daß sie selbst die Verantwortung übernehmen wollten. Aber sie entdecken jetzt, daß Macdonald, wenn er das Programm ausführe, das ihren egoistischen Absichten entspräche, damit mindestens ebenso sehr den Interessen seiner Partei diene. Sie besorgten, daß die gesamte soziale Ordnung bedroht sei und jagten deshalb Macdonald fort. — „Petit Journal“ vertritt den Standpunkt, daß es der antijohannischen Koalition, deren Schützer Winston Churchill sei, gelang, die Einheit der bürgerlichen Parteien gegen die Arbeiterpartei zu verwirklichen. — Der „Peuple“ schreibt, der Sturz des Kabinetts Macdonalds sei kein unvorhergesehener Zwischenfall und sei nicht einmal ein Mißgeschick. Die Arbeiterpartei hätte hierbei nichts zu fürchten. Sie könnte die Neuwahlen abwarten. Als sie sich entschloß, allein die Regierung zu übernehmen, wollte sie einfach beweisen, daß sie die Regierungspartei sei. Diesen Beweis hätte sie erbracht. Ihr Regime war also im Hinblick auf die allgemeinen Interessen des Landes gar nicht so und brachte den unteren Volksschichten einige nicht zu unterschätzende Vorteile. — Im „Quotidien“ heißt es, die Umstände hätten es Macdonald gestattet, in den acht Monaten, während deren er an der Spitze der Regierung gestanden habe, eine so große und weitblickende Politik zu betreiben, daß seine Person und seine Partei aus der gefährlichen Probe wunderbar vergrößert hervorgehe. Die Arbeiterregierung erzielte für ihr Land und für Europa den eklatanten und unvergleichlichen Sieg, die Sache des Friedens in dem Abkommen von London und während der Konferenz von Genf zum Siege zu führen.

Kleine politische Nachrichten Der amerikanische Anteil der deutschen Anleihe gesichert.

Newyork, 9. Okt. Nach der „Newyork Times“ sind die Vorbereitungen für die Subskription der deutschen Anleihe tatsächlich beendet. Ein Syndikat unter der Führung von Morgan u. Co., Kuhn, Loeb u. Co., der First National Bank und der National Citybank wird den vorgesehenen Anteil von 110 Millionen Dollars übernehmen. Etwa 400 Banken in allen Teilen des Landes, darunter 50 in Newyork, bewarben sich um Beteiligung an der Subskription. Die Obligationen werden siebenprozentige Zinscoupons haben. Angesichts der Voranmeldung auf die Obligationen der deutschen Anleihe, die auf eine bedeutende Zeichnung schließen lassen, empfahlen einige Bankiers die Festsetzung des Preises auf ungefähr 98 Prozent. Es besteht bereits unter den Banken ein lebhaftes Wettbewerbs, um genug Obligationen für die Nachfrage zu erhalten. Man sagt, die aus dem Kriege stammende feindselige Stimmung sei durchaus verschwunden, was hauptsächlich der Annahme des Dawesplans zuzuschreiben sei.

Das neue Münzgesetz vor dem Reichsrat.

Berlin, 9. Okt. Der Reichsrat erklärte sich mit der Ausprägung von weiteren Rentenpfennigmünzen, die in Zukunft Reichspfennige heißen sollen, im Betrage von 30 Millionen Mark einverstanden. Genehmigt wurde die erste Verordnung zur Durchführung des neuen Münzgesetzes. Danach sollen die jetzt im Umlauf befindlichen Reichsbanknoten ihre Eigenschaft als gesetzliche Zahlungsmittel noch eine Zeitlang über das Inkrafttreten des neuen Münzgesetzes hinaus behalten und zwar bis zum Ablauf von 3 Monaten nach ihrem Aufruf. In der Verordnung wird weiter bestimmt, daß als Abkürzung für Reichsmark die Buchstaben „RM“ gelten sollen.

Der Beamtenabbau.

Berlin, 8. Okt. In der Zeit vom 1. 4. bis 30. 6. sind nach einer Uebersicht der Reichsfinanzministeriums bei den Reichsbehörden einschließl. den der Betriebsverwaltungen der Reichspost, der Reichsbahn und der Reichsdruckerei 5654 planmäßige, 1110 außerplanmäßige Beamte und 14 Beamte im Vorbereitungsamt entlassen worden. 261 planmäßige, 101 außerplanmäßige Beamte und zehn Beamte im

Platanenallee Nr. 14

Roman von Dr. P. Meißner.

2. Fortsetzung. (Alle Rechte vorbehalten.) Nachdruck verboten.
Mit Rückenstürze und großem Henkelkorb sitzt hinten auf der letzten Bank, still vor sich hinweinend, Marie, die Köchin.

Die Tür geht auf und von einer Krankenschwester geführt, auf einen Stuhl gestützt, wankt der alte Lachner in den Saal. Auf einen Wink des Richters schiebt der Gerichtsdiener dem alten gebrechlichen Manne einen Stuhl hin. Das Gesicht Lachners ist erdahl, die Augen starren apathisch vor sich hin, und der ganze Mann macht den Eindruck eines Schwerkranken, der sich nur mit Mühe aufrecht erhält.

Der Richter erhebt sich und lautlose Stille tritt ein.

„Herr Untersuchungsrichter Bolmer, Sie haben im Interesse der von Ihnen zu führenden Untersuchung über die Ermordung des — Kammerjägers Joseph Bernhard Ribbentrop die beschleunigte Eröffnung des Testaments beantragt, da Sie zwecks Weiterführung der Untersuchung den Inhalt des Testaments kennen müssen. Das Gericht hat Ihrem Antrag stattgegeben und ich habe die Erschienenen zu dieser Testamentseröffnung laden lassen. Ich füge hinzu, daß die Ausfolgung der Erbschaft sowie die Auszahlung vielleicht ausgefertigter Legate und Renten erst dann erfolgen kann, wenn eine nachträgliche Ladung unbekannter oder nicht erscheinender Erben erfolgt ist und ein neuer Termin stattgehabt hat. — Herr Untersuchungs-

Vorbereitungsamt wurden neu eingestellt. Von den im Reichsdienst befindlichen Angestellten sind in demselben Zeitraume 2615 entlassen und 610 neu eingestellt worden. An Verwaltungs- und Betriebsarbeitern sind in demselben Zeitraum 3114 entlassen und 7192 neue eingestellt worden.

Das deutsche Eigentum in Japan.

Berlin, 8. Okt. Zwischen der deutschen Botschaft in Tokio und der japanischen Regierung ist nach längeren Verhandlungen am 12. 9. ein Abkommen zustande gekommen, wodurch die Frage der Liquidation des deutschen Eigentums und der übrigen zwischen Deutschland und Japan schwebenden Fragen aus Teil 10 des Versailler Vertrags endgültig bereinigt werden. Die Durchführung des Abkommens, das im Wortlaut noch nicht vorliegt, führt voraussichtlich dazu, daß die deutschen Privatbeteiligten in Japan insgesamt über zwei Drittel des Wertes ihres liquidierten Privateigentums zurückerhalten. Zunächst erfolgen Zahlungen für Singapur und die Südseegebiete, in welchen die deutschen Privatbeteiligten bisher ungünstiger behandelt wurden als in Japan selbst. Der Beginn der weiteren Auszahlungen für die Allgemeinheit ist für November in Aussicht genommen.

Generalabrüstung in Dänemark.

Kopenhagen, 8. Okt. Im Folkething brachte der Finanzminister den Haushaltsplan für 1925/26 ein, der mit 369 Millionen Kronen bilanziert und einen Ueberschuß von ca. 8 Millionen aufweist. Der Verteidigungsminister legte ein Gesetz über die Entwaffnung der Armee und Marine vor. Das Kriegs- und das Marineministerium sollen danach aufgehoben werden. Ebenso die obligatorische Militärdienstpflicht. Alle Befestigungen sollen niedergelegt werden. Die Fabriken und anderen Einrichtungen des Heeres und der Marine sollen als zivile Unternehmungen des Staates Verwendung finden. Als Ersatz für die Armee wird ein Polizeikorps errichtet werden, das die Grenzgendarmarie, Zollverwaltung und Polizei in der Bewachung der Grenzen und der dänischen Gewässer, sowie in der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung unterstützen soll. Als Ersatz für die Marine wird eine staatliche Küstenwache zum Schutze der dänischen Gewässer und zur Aufrechterhaltung der nationalen Interessen in diesen Gewässern errichtet werden.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 10. Oktober 1924.

Eine interessierte Kontrollkommission in Calw.

Gestern wurde auf dem Oberamt der Besuch einer Entente-Kommission angesagt. Die Kommission, bestehend aus drei ausländischen Offizieren und einem deutschen Hauptmann fuhr nachmittags 5 Uhr in einem Kraftwagen vor und unterzog, wie wir hören, den Oberamtmann einer Vernehmung über die Polizeieinrichtungen im Bezirk, über die Bewaffnung der Polizei u. a. Wie uns mitgeteilt wird, erhalten zur Zeit noch eine Reihe von wirtl. Oberämtern solche Besuche; so war auch der gestrige Besuch in unserer Stadt der letzte von einer Besuchsreise durch 7 Oberamtsstädte, die die Kommission im Lauf des gestrigen Tags vornahm. Der Grund und Zweck dieser Besuche erscheint uns durchaus unklar. Ob sich die Entente dadurch wohl sehr gefördert fühlt?

Reichstagung der Evang. Jungmännerbünde.

Der Reichsverband Evangelischer Jungmännerbünde Deutschlands, bekanntlich mit 193 191 Mitgliedern die stärkste evangelische Jugendorganisation Deutschlands, hielt am 5. und 6. Oktober in Halle (Saale) unter dem Vorsitz des Fabrikanten Fritz Humberg seine alljährliche Reichsvertretertagung ab, die verbunden war mit einer schlichten Gedächtnisfeier für den vor 25 Jahren erfolgten organisatorischen Zusammenschluß der evangelischen Jungmännerbünde Deutschlands. Bei der Festigung in der Universität kam in den mannigfachen Begrüßungen der Kirchen-, Reichs- und Landesbehörden, sowie der Vertretungen von befreundeten Organisationen zum Ausdruck, in wie starker Gemeinschaft die Interessen des Reichsverbands mit denen der Kirche, des Staates und des Volkes verbunden sind.

Das evangelische Jungmännerwerk wurde als ein unentbehrlicher bedeutender Faktor bei der notwendigen Sammlung und Erneuerung des deutschen Volkes in kultureller und sittlicher Beziehung anerkannt. Die religiös begründete und innerlich tiefenst aufgefachte Art seiner Arbeit setzte den Reichsverband in den Stand, innerhalb der deutschen Öffentlichkeit, besonders in Verbindung mit aller ernsten deutschen Jugendbewegung an bedeutender Stelle führend und beratend am Neubau des Vaterlandes mitzuarbeiten. Der Jahresbericht, den Reichsverband Lic. Stange-Leipzig gab, vermittelte einen umfassenden Ueberblick über Umfang der geleisteten Ziele und der noch zu leistenden Arbeit an der deutschen Jugend. Eingehende Besprechungen innerer Fragen beschloß die mit Führern aus allen Teilen des Reiches besetzte Tagung.

Denkschrift über eine Aenderung der jetzigen Umsatzsteuer.

Der Reichsfinanzminister hat in einer Denkschrift, die dem Reichstag, dem Reichsrat und dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat zugegangen ist, zu den Problemen der Umsatzsteuer Stellung genommen. Die Denkschrift gibt einen Ueberblick über den Gang der bisherigen deutschen Umsatzsteuergesetzgebung seit 1916. Das deutsche System ist auf dem Grundsatze der Besteuerung jedes Umsatzes aufgebaut. Daneben stehen als Abänderungsvorschläge die Systeme der Fabrikats- oder Produktionssteuer, die in Oesterreich eingeführt, Abgabenpauschalisierung, der Kleinhandelssteuer und der sog. Siemenschen Ueberteuerungssteuer. Die Denkschrift bespricht diese Systeme und wägt die Vorteile und Nachteile ab, die sie im Verhältnis zueinander und zu dem deutschen System haben. Sie erörtert weiter die Frage, wie innerhalb des deutschen Systems dessen besonders nachdrücklich gerügte Mängel, nämlich die teilweise Bevorzugung der Einfuhr und die Belastung der Ausfuhr beseitigt oder gemildert werden könnten. Nach ausführlicher Stellungnahme zu diesen Problemen kommt die Denkschrift in einem Schlußwort zu dem Ergebnis, daß jedenfalls eine völlige Umstellung des geltenden Systems den besonderen Verhältnissen der deutschen Wirtschaft nicht gerecht werden könne und mit Rücksicht auf die starke Bedeutung des Umsatzsteuerausommens für die deutschen Finanzen nicht erträglich sei. Die volkswirtschaftlich schädlichen Wirkungen der Umsatzsteuer könnten vollständig nur durch eine allmähliche Senkung des Umsatzsteuersatzes behoben werden. Die Frage, in welchem Umfang und zu welchem Zeitpunkt diese übrigens bereits durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. 9. 24 begonnene Senkung fortgesetzt werden könne, hänge eng mit der anderweitigen Deckung des Finanzbedarfs zusammen.

Drucksachen.

Um der Verkehrswelt die Ausnützung der in den letzten Jahren immer mehr vervollkommenen, zur Herstellung von Drucksachen verwendeten Vervielfältigungsmaschinen zu ermöglichen, sind vom 1. November an zur Verwendung im inneren deutschen Verkehr als Volldrucke (Gebühr 3 Pfg. bis 50 Gramm) allgemein auch solche Vervielfältigungsverfahren hergestellt. Der Zeitpunkt der Anwendung der einzelnen Vervielfältigungsverfahren spielt also keine Rolle mehr. Es ist bei den Volldruckesachen ferner gestattet, handschriftlich oder mit Schreibmaschine, Stempeln, Durchdruck oder Haus- (Kopier-) Presse eine innere, mit der äußeren übereinstimmende Aufschrift anzugeben sowie in gleicher Weise Firma, Namen, Sand und Wohnort nebst Wohnung des Absenders, seine Fernsprechnummer, die Telegrammanschrift und den Telegrammschlüssel sowie sein Postfach, und Bankkonto nachzutragen oder zu ändern. Vom 1. November an können auch noch der Absendungsart sowie sonstige geschäftliche Merk- und Kennworte der Absenderangabe hinzugefügt werden.

Wetter für Samstag und Sonntag.

Das Wetter in Süddeutschland wird vorwiegend durch den Hochdruck im Osten beeinflusst, wobei die Depression im Westen kaum zur Geltung kommt. Für Samstag und Sonntag ist deshalb in der Hauptsache trockenes und heiteres Wetter zu erwarten.

Der Richter nahm den Brief entgegen und winkte dem Gerichtsdiener.

„Wollen sich die Anwesenden davon überzeugen, daß der Briefumschlag verschlossen und die Siegel unverletzt sind.“

Der Gerichtsdiener zeigte jedem Einzelnen die Briefhülle.

„Sie haben sich davon überzeugt. Der Umschlag trägt folgende handschriftliche Bemerkungen:

Mein Testament.

Eine Abschrift dieses von mir eigenhändig geschriebenen Testaments ist im Besitze von Herrn Justizrat Seebald, den ich zu meinem Testamentvollstrecker bestimme.

Joseph Bernhard Ribbentrop.

Ich schreibe zur Eröffnung.

Die Anwesenden erhoben sich bis auf Lachner, der völlig apathisch, als ob ihn das alles gar nichts angehe, sitzen blieb.

Der Richter faltete den Foliobogen auseinander und las mit lauter Stimme:

Berlin, den 16. März 1899.

Ich, Josef Bernhard Ribbentrop, königlicher Kammerjäger a. D., Platanenallee 14 wohnhaft, bestimme für den Fall meines Todes wie folgt:

Zum Erben meines gesamten Barvermögens, angelegt in Staats- und inländischen Industriepapieren und in Verwahrung der Deutschen Bank, Depostenkasse M.

richter, wünschen Sie irgendwelche Gründe für Ihren Antrag zu Protokoll zu geben?“

„Ich bitte darum, ich habe den Antrag auf beschleunigte Eröffnung gestellt, weil die Untersuchung ergeben hat, daß der Erblasser im Augenblick des Todes im Begriffe war, eine Aenderung seines Testaments vorzunehmen oder ein neues Testament aufzusetzen.“

„Herr Referendar, wollen Sie das im Protokoll vermerken! — Herr Justizrat Seebald?“

„Danke sehr, Herr Justizrat. Sie haben gestern an Gerichtsstelle diesen Briefumschlag verschlossen und versiegelt hinterlegt. Wollen Sie bitte feststellen, daß es dieselbe Briefhülle ist.“

„Es ist der von mir dem Gericht übergebene Briefumschlag.“

„Wie sind Sie in den Besitz dieses Umschlages gelangt?“

„Bei dem gestern Platanenallee Nummer 14 stattgehabten Lokaltermin fanden wir, der Herr Untersuchungsrichter, Herr Doktor Helmstedt und ich diesen Briefumschlag in dem Geldschrank des Verstorbenen.“

„Ist Ihnen von dem Inhalt dieser Briefhülle etwas bekannt?“

Ich glaube ja. Es scheint mir derselbe Briefumschlag zu sein, den Herr Kammerjäger Ribbentrop in meinem Privatkontor in meinem Besitze versiegelt hat und in den er sein eigenhändig geschriebenes Testament eingeschlossen hatte, von dem ich persönlich eine Abschrift genommen und hier mitgebracht habe. Ich gebe hiermit auch diese Abschrift zur Gerichtsstelle.“

Angehörigkeits Generalversammlung des Spar- und Consumvereins Calw.

Am Sonntag, den 5. Oktober, nachm. 3 Uhr, fand im Saale der Brauerei Dreiß eine außerordentliche Generalversammlung des Spar- und Consumvereins Calw mit folgender Tagesordnung statt. 1. Bericht über die seit her getroffenen Maßnahmen und momentane Geschäftslage, 2. Wahl des Geschäftsführers, 3. Wahl eines ehrenamtlichen Vorstandsmitglieds, 4. Beschlussfassung betr. die Einzahlung der Geschäftsanteile. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Wilhelm Weber, eröffnete die verhältnismäßig gutbesuchte Generalversammlung um ¼4 Uhr und brachte nach Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung mit seinen einleitenden Worten zum Ausdruck, daß ein neuer Zeitabschnitt mit aufsteigender Linie für den Spar- und Consumverein Calw angebrochen sei und daß in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung die Generalversammlung eine ruhige, sachliche Erledigung derselben ermöglichen möge. Hierauf ergriff Geschäftsführer Steinhilber vom Consumverein Zuffenhausen das Wort und machte folgende Ausführungen: Als im Frühjahr ds. Js. infolge allgemeiner Kreditnot und infolge der häufigen Einzahlung der Geschäftsanteile der Genossen sich die finanzielle Lage des Vereins immer schwieriger gestaltete und eine Katastrophe zu befürchten war, trat die Verwaltung des Vereins an den Verband württembergischer Consumvereine mit der Bitte um Unterstützung heran, worauf derselbe zu einer Besprechung der Angelegenheit mit den Vorständen der größeren Vereine der Umgebung anlässlich der Landeskonferenz in Stuttgart einlad, welche mit dem Ergebnis endete, daß von seiten dieser Vereine eine Hilfsaktion eingeleitet werden solle, um den Verein Calw wieder auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Infolge Überführung der Ereignisse und infolge Drängens der Lieferanten war es erforderlich, die Geschäftsaufsicht über den Verein zu beantragen, welche auch vom Amtsgericht Calw bestätigt wurde, da eine Überführung des Vereins nicht in Frage kam. Dadurch war die notwendige Atempause geschaffen und die Bahn für die eingeleitete Hilfsaktion frei. Durch Darlehen der Volkssparbank und der betr. Vereine war die Ablösung sämtlicher Bankverbindlichkeiten möglich und der angestrebte Zwangsvergleich wurde am 15. September mit jinstöser Stundung der Lieferanten schulden angenommen. Die Belieferung des Vereins erfolgte während der Geschäftsaufsicht durch den Consumverein Zuffenhausen. Die Geschäftsaufsicht wurde am 3. Oktober aufgehoben, und heute stehe man vor der Wahl des neuen Geschäftsführers. So seien nun alle Möglichkeiten gegeben, den Verein wieder zu dem zu machen, was er früher war. Nun liege es an den Genossen, ihr Teil zur Unterstützung des neu Geschaffenen durch vermehrten Umsatz und pünktliche Einzahlung der Geschäftsanteile beizutragen. Wohl könne er verstehen, daß mancher Genosse, infolge der besonderen Umstände im letzten Jahr, welche durch unglückliche Personwahl für die Vorstandschafft hervorgerufen wurden, sich abgefordert habe, aber jetzt gelte es, neu in die Schanze zu springen, denn nur durch vermehrten Umsatz und Einbezahlung der Geschäftsanteile sei es möglich, wieder hoch zu kommen, auch sollen die seit April ds. Js. zum Austritt sich angemeldeten Genossen sich bewußt sein, daß ihre Haftpflicht nach dem Gesetz erst am 30. Juni 1926 abläuft, sie also bis 31. Dezbr. 1925 Mitglied der Genossenschaft bleiben. Es wäre zu wünschen, daß diese Genossen ihre Austrittserklärung zurückziehen würden und ihre Einkäufe restlos in ihrem eigenen Geschäft tätigen blieben. An Hand der Statistiken wies Herr Steinhilber nach, daß die Umsätze der Verkaufsstellen gegenüber den Friedenszeiten zurückgegangen seien, obwohl die Mitgliederzahl eine beträchtlich höhere wäre, also der Beweis der Möglichkeit zur Hebung des Umsatzes erbracht ist. Er bedauere nur, daß die Generalversammlung nicht ebenso übergewaltig besucht sei, wie die letzte, denn es wäre notwendig, jedem Genossen eindringlich das Gesagte anzuschärfen. Damit schloß der Redner seine unter großem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Gerichtsnotar Krauß bestätigte das hinsichtlich der Santeuerung der Finanzen und der Aufhebung der Geschäftsaufsicht Gesagte, und unterstrich, daß nur durch vermehrten Umsatz und Einzahlung der Geschäftsanteile der Verein in der Lage sei, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Hierauf dankte der Vorsitzende beiden Rednern für ihre aufopfernde Tätigkeit vor und

welche auch die noch nicht verbrauchten Zinsen auf Kontokorrent verbucht hat, ernehme ich meinen lieben Neffen Ralf Cooper, den einzigen Sohn meiner in Mexiko verstorbenen heißgeliebten Schwester Clara, mit der Auflage, daß er meinem Mündel Lilly Kerfack, die mir stets eine liebende Pflegerin und Freundin gewesen ist, eine lebenslängliche Rente von 20 000 Mark auszahlt und den entsprechenden Kapitalwert in mündelsicheren unveräußerlichen Werten anlegt. Außerdem soll Herr Ralf Cooper gehalten sein, meinem treuen Diener Jakob Gadubeit ein Kapital von Mark 5000.— zur Gründung eines Geschäfts und eine lebenslängliche jährliche Rente von Mark 2000.— zu zahlen. Meine langjährige Köchin Marie Biesle soll als Heiratsgut Mark 3000.— erhalten. Meine schuldenfreie Villa Platanenallee 14 vermache ich meinem Mündel Lilly Kerfack mit allem mir gehörigen Inventar, ausgenommen das chemische Laboratorium. Dieses soll mein langjähriger Freund und treuer Lehrer und Mitarbeiter Robert Lachner als unbeschränktes Eigentum erhalten. Außerdem erhält dieser bis an sein Lebensende eine monatliche Rente von 300 Mark. Ich hoffe, daß meine Erben, denen ich für alles Gute, was sie mir zu Lebzeiten erwiesen haben, innigst danke, bereit sein werden, meinen lieben Freunden auf ihren Wunsch Andenken zu überlassen. Sollte ich an einer nicht erkannten Krankheit sterben, so bitte ich meinen alten Freund und Hausarzt Sanitätsrat Kirchhoff bei mir den Herzlich vorzunehmen. Meine Beisetzung überlasse ich meinen Erben nach

während der Geschäftsaufsicht, insbesondere Herrn Steinhilber für seine selbstlose uneigennütige Unterstützung. Nachdem zu Punkt 2 der Vorberathung des Aufsichtsrats, Herrn Ulrich, welcher bisher beim Consumverein Ludwigsburg tätig war, zum Geschäftsführer und 1. Vorstandsmitglied zu wählen, von der Versammlung einstimmig angenommen wurde, dankte derselbe für das ihm entgegengebrachte Vertrauen. Er sei sich wohl bewußt, daß er auf einen schwierigen Posten gestellt worden sei, aber durch vertrauensvolle Zusammenarbeit der Genossen mit der Verwaltung lasse sich die Klippe, an der sich der Verein zur Zeit noch befinde, umgehen. Ausdauer, Mut und Kraft seien die Träger der Genossenschaft. Wenn jeder Genosse sich seiner Pflicht bewußt sei und darnach nach bestem Können und Vermögen handle, sei eine gedeihliche Zusammenarbeit zum Nutzen des Vereins möglich, dann sei in einem Jahr die Genossenschaft bestimmt über den Berg gebracht. Als 2. Vorstandsmitglied wurde Paul Hörnle, Gewerkschaftsbeamter, gewählt; auch er versprach, alles zum Wohle des Vereins einzusetzen, und nicht nur mitzuraten, sondern auch mitzutun. Die Einzahlung des Restes der Geschäftsanteile wurde auf 5 monatliche Raten à 3 Mark festgelegt, so daß bis Ende Februar nächsten Jahres der gesamte Geschäftsanteil mit 30 Mark bezahlt sein soll. In seinem Schlußwort ermahnte Herr Steinhilber alle Genossen und die Verwaltung zur vertrauensvollen Zusammenarbeit und gebachte besonders des verdienstvollen Vorstandsmitglieds und früheren ehrenamtlichen Geschäftsführers, Herrn Schrag, mit warmen Worten, worauf der Vorsitzende mit einem nochmaligen Appell auch an die abseits stehenden Genossen um ¼7 Uhr die harmonisch verlaufene Versammlung schließen konnte.

(SCB.) Stuttgart, 8. Okt. Im Stadgartensaal sprach bei einer Feier der Mädchengruppe „Königin Luise“ Staatspräsident Bazille über „Das Wesen der Politik“. Er ging davon aus, daß das Verhalten der sogenannten „Fasager“ innerhalb der Deutschnat. Volkspartei in vielen Kreisen starkes Befremden hervorgerufen habe und daß diesen Abgeordneten Inkonsequenz vorgeworfen worden sei. Es ist aber falsch, wenn man in der konsequenten Verfolgung eines Gedankens das Wesen der Politik erblickt. Dies trifft bei den Wissenschaften zu, in der Politik ist das der Staatsmann das tut, was seinem Volke am wenigsten Schaden bringt. Dazu muß er aber praktisch denken, er darf die Wirklichkeit nicht mit Idealen verwechseln. Er muß auf die Eigenschaften seines Volkes Rücksicht nehmen, die sich immer wieder ändern. Den „Fasagern“ ist aber noch ein anderer Vorwurf gemacht worden. Sie hätten die gerade Linie, die die Deutschnationalen bisher verfolgt haben, verlassen, und es sei unmoralisch von ihnen gewesen, zuzustimmen, in dem Bewußtsein, das Versprochene nicht halten zu können. Aber es ist nun einmal nicht möglich, immer auf dem geraden Wege zu bleiben. Wenn der gerade Weg in einen Sumpf führt, tut man besser, ihn zu verlassen und einen Umweg zu wählen, als durch den Schmutz hindurchzuwaten. Man muß auch unterscheiden zwischen persönlicher und politischer Moral. Einen Menschen zu erschlagen, ein Haus in Brand zu stecken, ist ein Verbrechen; aber der Soldat, der den Feind tötet, der Feldherr, der eine feindliche Stadt in Brand schießen läßt, begeht kein Unrecht, es sei denn, daß persönliche Rache damit verbunden war. — Freilich sind die Ereignisse sehr schwer zu begreifen, während sie vor sich gehen.

(SCB.) Friedrichshafen, 9. Okt. 3. R. III hat heute morgen eine zweistündige Probefahrt gemacht und ist um 8.25 Uhr aufgestiegen und um 10.40 Uhr glatt gelandet. Die Fahrt galt der Durchprüfung des ganzen Mechanismus und ist gut verlaufen. Das Luftschiff kreuzte die ganze Zeit über Friedrichshafen und dem Seegebiet. Bei der Landung kam eine junge Frau unter ein aus dem Verwaltungsgelände kommendes zweispänniges Postfuhrwerk. Sie wurde sofort ins Krankenhaus verbracht. Ueber den Zeitpunkt des Aufstiegs zur Amerikafahrt sind noch keine Bestimmungen getroffen.

ihrem Ermessen, bitte aber allen Prunk und jedes Aufsehen nach Möglichkeit zu vermeiden. Josef Bernhard Ribbentrop.“ In atemloser Spannung hatten die Anwesenden der Verlesung gelauscht. Ein leises Schluchzen Lillys war das einzige Geräusch. Jetzt, als der Richter wieder Platz nahm, ging ein Aufatmen durch den Saal. Mit triumphierendem Blick wandte sich der Untersuchungsrichter flüsternd an Helmstedt. „Nun, Doktor, ist das ein Grund, um einen Mord zu begehen oder nicht?“ „Unter Umständen, ja.“ Helmstedt hatte diese Frage erwartet und mußte zugeben, daß sie vom Standpunkt des Untersuchungsrichters aus durchaus begrifflich war. Es lag wohl in seinem Plane, diesem seine wahren Absichten nicht mitzuteilen, er sollte nur ruhig Ralf für den Körper halten, das war die einzige Chance für ihn, des wahren Mörders habhaft zu werden. Während der Verlesung hatte er auf das schärfste den Diener Jakob im Auge behalten, nichts auf den Zügen dieses Mannes ließ auf eine Erregung schließen. Das war erklärlich, denn er kannte ja den Inhalt des Testaments, wie es sich erwies. Nur als der Richter im Beginn darauf hinwies, daß die Auszahlung der Renten und Legate noch nicht erfolgen könne, machte sich auf dem widerlich devoten Gesicht Jakobs ein Zug der Enttäuschung. Er hatte wohl gehofft, sofort in den Genuß der für einen solchen Mann recht beträchtlichen Erbschaft zu kommen. Der Richter erhob sich wieder.

Aus Geld-, Volks- u. Landwirtschaft. Der Kurs der Reichsmark.

1 Goldmark	1000,0 Ma.
1 Dollar	4,21 Bil.
1 holländischer Gulden	1644,1 Ma.
1 französischer Franken	219,1 Ma.
1 schweizer Franken	808,0 Ma.
Geldumrechnungssatz für Steuern	1000,0 Ma.
Reichsindex	1,19 Bil.

Schlachtviehmarkt.

(SCB.) Stuttgart, 9. Okt. Dem Donnerstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 101 Ochsen, 29 Bullen, 184 Jungbullen, 182 Junggrinder, 61 Kühe, 473 Rälber, 653 Schweine, 93 Schafe und 1 Ziege. Verkauf wurde alles. Erlös aus je 1 Pfund Lebendgewicht in Goldpfennigen: Ochsen 1. 43—47 (letzter Markt unv.), 2. 34—40 (34—39), Bullen 1. 45—48 (44—37), 2. 33—31 (33—30 (34—39), Bullen 1. 45—38 (44—47), 2. 34—41 (unv.), Junggrinder 1. 52—55 (unv.), 2. 43—48 (unv.), 3. 35—41 (34—40), Kühe 1. 34—39 (unv.), 2. 20—31 (unv.), 3. 14—18 (unv.), Rälber 1. 78—80 (80—82), 2. 71—76 (76—79), 3. 62—69 (67—74), Schweine 1. 88—90 (90—94), 2. 82—86 (85—89), 3. 70—78 (76—82). Verkauf des Marktes mäßig belebt, später abflauend.

Kirchliche Nachrichten.

Ev. Gottesdienst

am 12. Oktober 1924, 16. Sonnt. n. Dr. B. T. 11. ¼10 Uhr Predigt, Stadtpf. Lang. Eingangsfied Nr. 432 Ruhe ist das beste Gut. ¼11 Uhr Sonntagsschule, 1 Uhr Christenlehre (Töchter I. Bez.), 5 Uhr Abendgottesdienst (Was lernen wir von der Heiligungsbewegung?) Stadtpf. Lang. Donnerstag 16. Okt. 8 Uhr Bibelstunde.

Kath. Gottesdienst

Sonntag 12. Okt. 1924: 8 Uhr Frühmesse mit Homilie, ¼10 Uhr Predigt und Amt, 2 Uhr Andacht. Montag 8 Uhr Gottesdienst in Bad Liebenzell. Dienstag und Freitag während der hl. Messe Rosenkranz.

Gottesdienste der Methodistengemeinde.

Sonntag den 12. Oktober 1924: Vorm. 9¼ Uhr Predigt und Feier des hl. Abendmahles. Pred. Ulrich. Mittags 2 Uhr Bezirks-Liebesfest. Mittwoch 8 Uhr Bibel-Gebetsstunde. Stammheim: Die Gemeinde beteiligt sich in Calw. Mittwoch 8 Uhr Bibel-Gebetsstunde.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Friedrich Hans Schell, Druck und Verlag der W. Oelshöfer'schen Buchdruckerei, Calw.

Kinderwagen & Sportwagen
in einfach bis hochfein
Kindermöbel, Ruhestühle
Koffer und Leder-Waren
in godigener Ausführung kaufen Sie billig bei
Wilhelm Broß, Pforzheim
Ecke Zorrennerstr. und Baumstraße.

Schuhhaus B. Wetzel, Pforzheim
Hornproben 672
Beste Bezugsquelle für
Straßen-, Sport- und
Gesellschafts-Schuhe.
Alleinverkauf der Qualitätsmarke Fortschritt Schuhe. Beachten Sie meine Auslagen!

„Ich habe heute morgen den eingeforderten Bericht der Deutschen Bank erhalten und will jetzt die wichtigsten Zahlen daraus bekannt geben, da ich annehme, daß ihre Kenntnis für die Bewertung irgend welcher Befunde nicht ohne Bedeutung sein dürfte.“

An Staats- und Industriepapieren befinden sich im Depot der Bank auf dem Konto des Kammerjägers Josef Bernhard Ribbentrop, berechnet nach dem Kurse der gestrigen Börse, zwei Millionen und zweihunderttausend Mark. Das Kontokorrent des Erblassers schließt mit dem 30. April mit einem Saldo zu Gunsten des Verstorbenen von 47 651,25 Mark ab und setzt sich zusammen aus Zinsen der Papiere und Bankvergütungen für tägliches Geld. Das Grundstück in der Platanenallee Nummer 14 ist in seinem gemeinen Wert nicht bekannt, da eine gerichtliche Taxe bisher nicht vorliegt.“

Eine Bewegung des Staunens ging durch die Anwesenheit. Selbst der alte Lachner schien aus seiner Lethargie für Minuten zu erwachen, dann sank er wieder in seinen Stuhl zurück. Daß der Verstorbene wohlhabend, ja reich war, wußte man wohl, daß er aber über solche Mittel verfügte, das hatte niemand geahnt. Des Untersuchungsrichters Miene war bei der Bekanntgabe dieser Zahlen immer siegesbewußter geworden, und er hätte gerne mit Helmstedt einige Worte gewechselt, aber dieser war in ein leises Gespräch mit dem Justizrat vertieft.

(Fortsetzung folgt.)

Personenstandsaufnahme betref.

Nach einer Bekanntmachung des Landesfinanzamts vom 6. September 1924 hat dieses Jahr in allen Gemeinden zur namentlichen Feststellung der Steuerpflichtigen eine Personenstandsaufnahme zu erfolgen. Die Aufnahme erfolgt durch Ausgabe von Wohnungslisten. Außer der Aufnahme der natürlichen Personen findet eine solche sämtlicher Gewerbebetriebe, Büros usw. statt, wozu ebenfalls Vordrucke ausgegeben werden.

Zu beachten ist folgendes:

1. die Vordrucke werden von der Schutzmannschaft zur Ausfertigung ausgetragen und bis 20. Oktober 1924 wieder eingezogen,
2. jeder Haushaltungsvorstand und jeder Inhaber einer selbständigen Wohnung ist verpflichtet, die Wohnungsliste nach dem Stand vom 10. Oktober 1924 vollständig auszufüllen u. hernach dem Hausbesitzer zu übergeben,
3. In der Wohnungsliste sind sämtliche in der Wohnung wohnende Personen — neben dem Wohnungsinhaber also auch dessen Ehefrau, Kinder, Dienstmädchen, Untermieter — anzugeben, gleichviel, ob es sich um Personen mit selbständigem Einkommen oder Vermögen handelt oder nicht.

Personen, die in der Wohnung wohnen, aber am 10. Oktober 1924 vorübergehend abwesend sind, ferner Personen, die behufs ihrer Ausbildung als Lehrlinge, Schüler, Studenten auswärts wohnen, müssen ebenfalls angegeben werden.

4. Jeder Inhaber eines Gewerbebetriebes, eines Büros, einer Betriebsstätte (gleichgültig ob Einzelperson, Aktiengesellschaft, Behörde oder dergl.) hat noch die besondere Gewerbesteuer auszufüllen.

Die Einwohnerschaft wird ersucht, die Vordrucke genau auszufüllen und zur Abholung wieder bereit zu halten. Falls in dem einen oder dem andern Haus die Listen bis 20. Oktober nicht abgeholt werden sollten, wären solche auf dem Rathaus (Zimmer 2) abzugeben.

Calw, den 9. Oktober 1924.

Städtisches Steueramt.

Symbol der Reinheit!

Wir haben unseren guten Grund gehabt, auf jedem Paket den „Schwan“, das Symbol der Reinheit, abzubilden, weil „Schwan im Blauband“ das Reinste und Hygienischste auf diesem Gebiet darstellt.

Wenn Sie sich selbst davon überzeugen wollen, dass wir dieses erreicht haben, so kaufen Sie ein Paket der Feinkostmargarine „Schwan im Blauband“. Sie werden erstaunt sein über die Fülle ihrer guten Eigenschaften.

Preis 50 Pf. das Halbpfund in der bekannten Packung.



Schwan im Blauband

frisch gekümt



Silberkraut

trifft nächste Woche der 1. Waggon ein. Wir bitten unsere Mitglieber, Bestellungen hierauf in unseren Verkaufsstellen zu machen.

Spar- u. Konsumverein Calw

Zirka 100 Ztr. schöne gelbe **Kartoffeln**
Deodara und verbesserte
Industrie **verkauft**
Gottlob Weiß Bierdepot.

Leiterwagen, Wiesel

sowie auch sonstige solide Leiterwägel in reicher Auswahl bei

Carl Herzog, Eisenhandlung, Calw.

Größere Anzahl neue und gebrauchte **Fässer**
mit Türlern, 300—1400 Ltr., darunter 6 St. sehr schöne Lagerfässer, für Wirte geeignet, äußerst billig.

Fr. Schad, Küferei.

Kapital gesucht!

Fabrikationsfirma sucht

1000 — 2000 Mk.

gegen mehrfache sehr gute Sicherheit. Angebote unter S. F. 237 an die Gesch. ds. Bl. erbeten.

Zwei schwere fahrbare

Mostereien

haben preiswert und unter günstigen Zahlungsbedingungen abzugeben.

Gebr. Maier, Mech. Werkstätte, Neubulach.

Forstamt Hirsau. Nadelstammholz-Verkauf im schriftlichen Aufstreich.

Am Dienstag, den 21. Oktober 1924, nachm. 4 1/2 Uhr, in Hirsau im „Köhle“ aus Staatswald Weidenhardt, Birken, Lügenhardt, Altbirgerberg 579 Fa. mit Fm. Langh.: 29 I., 88 II., 159 III., 81 IV., 45 V., 5 VI. Kl.; Sdgh.: 5 I., 25 II., 7 III. Kl. 66 Ft., 1936 Fa. mit Fm. Langh.: 40 I., 154 II., 260 III., 188 IV., 252 V., 66 VI. Kl.; Sdgh.: 10 I., 31 II., 14 III. Kl. Losverzeichnis und Angebotsvordrucke von der Forstdirektion, O. f. S., Stuttgart.

Von 10 Uhr ab gibt's jeden Samstag meine altbekannten **Rümmel-Rüchle.**

J. Kreuzberger a. „Stern“.

1 Ziege verkauft

Frau Frey We., Ernstmühl.

Alzenberg. Sehr schöne **Milch-Schweine** hat zu verkaufen **Schulth. Rothacker.**

Einen jährigen, sprungfähigen **Zucht-Farren** verkauft **Friz Straile, Maurer, Althengstett.**

Sommenhardt. Einen schönen sprungfähigen **Farren,** Rotfleck, 16 Monate alt verkauft **Kentschler z. Löwen.**

Reichsbund der Kriegsbeschädigten usw. Ortsgruppe Calw.

Morgen Samstag Abend 8 Uhr **Monats-Versammlung** bei Kamerad Schenkerle z. Bären. Zahlreiches Erscheinen erwartet der Vorstand.



Brillen u. Zwicker auch Kassenbrillen **Uhren, Gold- und Silber-Waren** empfiehlt **Ernst Schönlén** Uhrmacher und Optiker **Bad Liebenzell.**

Linoleum für Tische u. Böden

Emil G. Widmaier **Bahnhofstraße.**

Langstiefel, Mehger-Wagen

guterhalten, Größe 45, billig zu verkaufen **Postgasse 544 I.**

Guterhaltenen, starken **Mehger-Wagen** mit Langstiefel verkauft **Karl Weiß, Mehger, Althengstett.**

Verkaufe neuen **Tisch,** 2,50/0,95 m, mit 2 Schubladen, sowie 2 neue buchene **Stühle.** Zu erfragen bei **Bäckermeister Frank, hier.**

Cravatten von den billigsten bis zu den feinsten **Selbstbinder** durch alle Rubriken **Cavaliertüchel Taschentücher** in größter Auswahl bei **Reichert Mittl. Brücke**

Zuckersüße **Safel-Trauben** Pfd. 45 Pfg.

Calamata **Ekranzeigen** 1 Krauz 50 Pfg

Erdnüsse frisch geröstet in bester Ware **R. Otto Bincon** Fernsprecher 171.

Empfehle selbstgemachte **Eierriebele** Suppen- **Nudeln** und breite **Lebensmittel** sowie alle **Friederike Pfeiffer** Vorstadt.

Dienstboten-

gesuche haben im **Calwer Tagblatt** sicher Erfolg.



Alle **Musikinstrumente** für Haus und Orchester von den einflüchtigen Schiller bis zu den feinsten Künstler-Instrumenten, aller Zubehör, Saiten u. f. w. in reicher Auswahl empfiehlt **Musikhaus Curth, Pforzheim, Leopoldstr. 17** (Kadenriedsch-Rohrbüchle) Großhandlung Einzelverkauf Ausführung all. Reparaturen und Stimmen. **Ankauf alter Gelehen u. Cell.**

Haarspangen repariert rasch und billig

Friseur Obermatt. **Obacht Hausfrauen!** Alte Möbel werden wie neu durch Möbelpuz **Wunderschön** **Otto Bincon, Colon.** **Fr. Lamparter, Colon.** **Gg. Pfeiffer, Colon.**

Bereinigung ehemaliger Olga-Grenadiere

Bezirksgruppe **Calw** **Sonntag, den 12. Oktober 1924, nachmittags 3 Uhr** **Bezirks-Zusammenkunft** in **Zavelstein (Lamm)**

mit Frauen. Abmarsch der Calwer Kameraden: 1 1/2 Uhr nachmittags vom Rathaus. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet. **Der Vorsitzende.**

Nicht

1 Paket **Seifenpulver** sondern 1 Paket **Dixin**

müssen Sie verlangen-dann haben Sie die Sicherheit einwirklich hochwertiges Erzeugnis zu erhalten! **Dixin** ist ein preiswertes Seifenpulver von ausgezeichneter **Walchwirkung** und für jeden **Walchzweck** geeignet



Einfach möbliert. Zimmer in Liebenzell sofort gesucht.

evtl. mit Küchenbenützung von solidem Fr. **Angeb. unter F. D. 239 an die Gesch.-St. ds. Bl.**

Gesucht für sofort oder 1. November für 13 jährige Schülerin **Pension** in geordneter Familie. **Gest. Angebote unter B. S. 237 an die Gesch. ds. Bl.**

Neues **Sauerkraut** empfiehlt **Frau Kath. Linkenheit** Vorstadt.

Gelbe und rote Rüben per Zentner Mk. 4.50 **beste Speise-Kartoffeln** gelbe Industrie z. Tagespreis empfiehlt **Landwirt Kimlich** Kleinsachsenheim. **Mit Bestellung sind Säcke einzufenden.**

Dual-Faß, 260 l haltend, sehr gut erhalten, verkauft **E. Mogler, Hirsau.**